

# Die Grundtorheit des Westens

Autor(en): **Brie, Michael**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **115 (2021)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-965941>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

---

# Die Grundtorheit des Westens

Michael Brie

**Statt eine gemeinsame globale Zukunft zu entwerfen, wird ein neuer Kalter Krieg inszeniert. Der Wettbewerb zwischen den westlichen Staaten unter Führung der USA und China droht in zerstörerisches Gegeneinander zu münden. Die Verbindung von Gleichheit und Freiheit, die Verhinderung der Klimakatastrophe und die Beseitigung globaler Armut bleiben auf der Strecke.**

Der neue US-Präsident will einen «Gipfel der Demokratien» einberufen. Ziel ist es, den Westen wieder zu vereinigen – dieses Mal vor allem gegen China. Schon 2019 hat die Europäische Kommission China als «Systemrivalen» eingestuft. Damit wird aktiv daran gearbeitet, den liberalen antikommunistischen Grundkonsens als gemeinsame Religion des Westens wieder fest zu etablieren.

Beginnen wir mit dem Rückblick. Es war der Antikommunismus, der der deutschen Bourgeoisie als Legitimation diente, um sich in Hitlers Arme zu werfen. Es war der Antikommunismus, der genutzt wurde, um die spanische Republik dem Bündnis von Franco mit dem deutschen und italienischen Faschismus auszuliefern, während die «Demokratien» neutral dem Schlachten zusahen und Stalin sich gegen linke Kräfte in Spanien wandte und sie umbrachte. Und es war der Antikommunismus, der verhinderte, dass es vor jenem unseligen 23. August 1939 zu einem Bündnis Frankreichs und Grossbritanniens mit der Sowjetunion kam, um eine deutsche Invasion in Polen zu abzuwenden.

Der Antikommunismus konnte die Errichtung einer bolschewistischen Diktatur und den roten Terror im Bürgerkrieg 1918 bis 1922 unter Führung von Lenin und Trotzki nicht verhindern. Er konnte auch nicht die sogenannte Kollektivierung und den Grossen Terror des stalinistischen Regimes stoppen, denen viele Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind, auch wenn der entfesselte Stalinismus dem Antikommunismus das Anschauungsmaterial lieferte und die europäische Linke völlig zu zerstören drohte. Durch die Gleichsetzung von Sozialismus mit Stalinismus wurde alle linke Politik dem Verdacht des Totalitarismus ausgesetzt.

Während der Antikommunismus die Verbrechen im Namen des Kommunismus nicht verhinderte, machte er die grossen Verbrechen von Nationalsozialismus und Faschismus sowie den Zweiten Weltkrieg möglich, weil er den Westen am rechtzeitigen Widerstand gegen Hitler hinderte. In der Folge des Krieges wurde Hitlerdeutschland mit seiner Politik der Auslöschung des Judentums und des Kommunismus sowie der Versklavung der slawischen Völker besiegt, aber eine ganze Reihe von Staaten Ostmittel- und Südosteuropas gerieten für vierzig Jahre unter die Kontrolle der Sowjetunion.

## Gleichheit und Freiheit gehören zusammen

Der Schriftsteller Thomas Mann, der schon im Februar 1933 ins Exil gegangen war, bezeichnete in einer Rede in Washington im Oktober 1943 die Furcht vor dem Kommunismus als «Grundtorheit unserer Epoche», eine Torheit, die weit ins 19. Jahrhundert zurückreiche. Er sprach nur eine Tatsache aus, als er konstatierte, dass «in den Augen des konservativen Kapitalismus des Westens [...] der Faschismus

schlechthin das Bollwerk gegen den Bolschewismus und gegen alles, was man darunter verstand» gewesen sei. Es sei die «Schreckensvokabel ‹Kommunismus›, mit der Hitler seine Eroberungen gemacht hat» (Mann 1986, S. 664).

1945 wurde Thomas Mann noch deutlicher. Er schrieb: «Den russischen Kommunismus mit dem Nazifaschismus auf die gleiche moralische Stufe zu stellen, weil beide totalitär seien, ist bestenfalls Oberflächlichlichkeit, im schlimmeren Falle ist es – Faschismus. Wer auf dieser Gleichstellung beharrt, mag sich als Demokrat vorkommen, in Wahrheit und im Herzensgrund ist er damit bereits Faschist und wird mit Sicherheit den Faschismus nur unaufrecht und zum Schein, mit vollem Hass aber allein den Kommunismus bekämpfen» (Mann 1977, S. 311).

Thomas Mann hatte nach dem Ersten Weltkrieg und vor allem seit 1933 begriffen, dass die Verteidigung der Freiheit nur möglich ist, wenn sie sich mit der Gleichheit, mit der sozialen Gerechtigkeit, mit all jenem verbündet, was im Kommunismus zukunftsfähig ist. Die Zukunft, so Thomas Mann, gehöre dem Kommunismus zumindest «insofern, als die Welt, die nach uns kommt, in der unsere Kinder und Enkel leben werden und die langsam ihre Umrisse zu enthüllen beginnt, schwerlich ohne kommunistische Züge vorzustellen ist: das heisst, ohne die Grundidee des gemeinsamen Besitz- und Genussrechtes an den Gütern der Erde, ohne fortschreitende Einebnung der Klassenunterschiede, ohne das Recht auf Arbeit und die Pflicht zur Arbeit für alle». Freiheit und Gleichheit müssten «ein neues Gleichgewicht» finden. Seine Epochenerfahrung war, dass dann, wenn die Freiheit sich nicht mit der Gleichheit verbündet, sie den Feinden der Freiheit den Boden bereitet. Dies ergänzt sich mit einer anderen – nicht weniger wichtigen – Epochenerfahrung. Sie geht aus dem Erbe des Bolschewismus und Stalinismus hervor: Auch die Gleichheit kann nicht ohne Freiheit zukunftsfähig sein, sonst mündet sie in Verbrechen und Stagnation. Die Sowjetunion erwies sich als eine historische Sackgasse, wie 1989/91 endgültig offenkundig wurde. Ein Sozialismus, der den Kapitalismus wirklich überwinden will, muss das Zukunftsfähige des Kommunismus wie eben auch des Liberalismus bewahren und entwickeln.

Eine liberale Politik, die die soziale Frage, die Solidarität unter Menschen und Völkern ignoriert, auf die hemmungslose Bereicherung des obersten einen Prozent setzt, in Privatisierung, Kommerzialisierung und Konkurrenz den Königsweg zur Lösung aller

Probleme sieht, könnte man auch mit Tariq Ali oder Wolfgang Streeck als «Extremismus der Mitte» bezeichnen. Die grosse Finanzkrise, das Fast-Auseinanderfallen der EU und der Brexit sowie das weitgehende Versagen vieler europäischer Staaten in der Pandemie sind Resultat einer solchen extremen liberalen Politik, der das Gegengewicht der Gleichheit und Gemeinschaftlichkeit verloren gegangen ist.

1989/90 schlug der Westen die grosse Chance aus, ein gemeinsames Haus Europa (Gorbatschow) aufzubauen, rechtzeitig noch die ökologische Wende einzuleiten (der Club of Rome nannte es damals die anstehende Globale Revolution) und eine aktive Friedenspolitik einzuleiten. Im Namen des Antikommunismus wurde die «Westernisierung der Welt» betrieben. Es wurde sofort mit neuen Kriegen, systematischer Destabilisierung von Staaten, einer Politik der durchgehenden Vermarktlichung und globaler Konkurrenz an einem neuen «amerikanischen Jahrhundert» gearbeitet.

## Kein «Wir» gegen «sie»

Die Bilanz ist entsetzlich. Ökologisch sind dreissig Jahre vertan worden. Sieben Billionen Dollar (!) Kosten der USA allein für die Kriege im Irak und Afghanistan. Es gibt mehr Flüchtlinge als jemals zuvor in den letzten siebzig Jahren. Ursache ist vor allem der nicht zuletzt durch «humanitäre Interventionen» unter Führung der USA vorangetriebene Staatenzerfall. Die Politik, mit militärischer Macht von aussen Regimewechsel herbeizuführen, hat die globale Unsicherheit extrem erhöht und Staaten teilweise ihrerseits zur Verschärfung der internen Sicherheitspolitik motiviert. Die Fähigkeit zu globaler Kooperation ist, wie die Pandemie zeigt, fast bei null. Zugleich sind die USA und das, was sich als «freier Westen» geriert, mit einem globalen Herausforderer konfrontiert, wie es ihn in dieser Qualität im 20. Jahrhundert niemals gegeben hatte – mit der Volksrepublik China.

Und wieder soll der Antikommunismus dazu herhalten, einen neuen Kalten Krieg zu inszenieren. China wird als Systemrivale angesehen, dem der Zugang zu Technologie verwehrt und zu Märkten erschwert werden soll. Es geht um die militärische Eindämmung und Einkreisung. Wer die «Kriege gegen den Terrorismus» nicht völlig vergessen hat, sollte realistisch auf die Lage in der grossen westlichen Provinz Chinas, Xinjiang, blicken. Man spricht China jede Achtung der Menschenrechte, jedes demokratische Mitwirken der

# Im Namen des Antikommunismus wurde die «Wester- nisierung der Welt» betrieben

Bevölkerung, jede Freiheit seiner Bürgerinnen und Bürgern ab. Es sind aber genau diese Chines\*innen, die uns vor der Pandemie zu vielen Millionen als Touristen in Rom, Paris oder Berlin begegneten, um dann beschwingt wieder in ihren «Knast» verschwinden zu wollen; ein «Knast», den westliche Tourist\*innen in China ihrerseits als Hort wachsenden Wohlstands und liberaler Lebensführung erleben. Der Erfolg Chinas bei der Bekämpfung der Armut ist historisch beispiellos. Der Aufstieg im Ranking des Human-Development-Index beispielhaft.

Es sollte eine Erfahrung nicht vergessen werden, die der britische Historiker Eric Hobsbawm mit Blick auf den globalen Bürgerkrieg des 20. Jahrhunderts so auf den Punkt brachte: «Wie sich herausstellen sollte, verliefen die entscheidenden Grenzen in diesem Bürgerkrieg nämlich nicht zwischen Kapitalismus und der sozialen Revolution des Kommunismus als solchem, sondern zwischen zwei ideologischen Familien: auf der einen Seite die Nachkommen der Aufklärung des 18. Jahrhunderts der grossen Revolutionen, wozu natürlich auch die Russische Revolution gehörte; auf der anderen Seite alle ihre Gegner. Die Grenze verlief also

nicht zwischen Kapitalismus und Kommunismus, sondern zwischen dem, was das 19. Jahrhundert einerseits «Fortschritt» und andererseits «Reaktion» genannt hätte (inzwischen waren diese Begriffe nicht mehr ganz angemessen)» (Hobsbawm 1998, S. 186).

Der Antikommunismus wird dazu benutzt, aus den Differenzen des «Westens» zum politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Systems Chinas (und nicht weniger anderer Staaten) einen extremen Gegensatz zu konstruieren: Ein «Wir» gegen «sie». Ein Gegensatz von «Demokratie» vs. «Autokratie», von «Freiheit» vs. «Unfreiheit», von «Recht» gegen «Unrecht». Begründeter Zweifel an im Westen veröffentlichten Zahlen über das Ausmass an politischem Unrecht in China oder Russland erscheint als Mittäterschaft an Verbrechen. Die Freiheit, sich selbst eine Auffassung zu bilden, wird so unmöglich. Es wird im Namen des Antikommunismus in keineswegs mehr subtiler, sondern brutaler Weise ein fundamentalistischer Konformismus erzwungen nach dem Motto «Wer nicht für uns ist, ist gegen uns!». Ein solcher Antikommunismus ist, wie Günter Gaus es nannte, selbst totalitär.

## Wettbewerb zur Verhinderung der Klimakatastrophe

Man sollte auch über das Unausprechliche nachdenken dürfen: Abraham Lincoln hatte Demokratie als Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk bezeichnet. Vergleicht man die politischen Systeme der USA, Brasiliens, Indiens und der Volksrepublik China, so muss es doch möglich sein zu fragen, ob nicht auch das System, in dem eine einzelne Partei über Jahrzehnte die Führung hat, wichtige demokratische Eigenschaften hat, indem es für das Volk wirkt und es in «nichtwestlichen» Formen beteiligt. Und umgekehrt: Ob nicht auch Regierungen, die aus freien Wahlen hervorgehen, oligarchisch und autoritär sein und gegen das Volk agieren können. Es kann für das Volk und durch das Volk in nicht-westlichen Formen vieles bewegt werden, was in Europa und den USA mit liberalen Formen erreicht – oder auch nicht erreicht – wird. Es sollte also genau hingesehen werden. Dies ist oft schwer, weil die Sprache, mit der gesprochen wird, fremd ist; weil der Zugang zu den Orten, über die gesprochen wird, erschwert ist. Vor allem aber: Auch im Kalten Krieg ist die Wahrheit das erste Opfer.

Was aber noch schlimmer ist: Die eigentlichen Gefahren für die Menschheit und für das freie Leben der Menschen jetzt und in Zukunft liegen in der absehbaren Klimakatastrophe, in der fortgesetzten Staatenzerstörung, die viele Millionen Menschen in die Flucht treibt, in globaler und innerstaatlicher sozialer Spaltung, in der unkontrollierten Anhäufung von Finanzvermögen, deren Krise dann die globale Wirtschaft in den Untergang reissen kann wie Ende der 1920er Jahre, im Aufstieg faschistischer Regime. Sie liegen in sich aufbauender militärischer Konfrontation. Das Menetekel auf den Stufen des Kapitols, der «Zitadelle der Freiheit», kann nicht vergessen werden.

Der immer ungehemmter entfesselte Kalte Krieg im Namen von Demokratie und Freiheit gegen Autoritarismus und Kommunismus, so die ideologische Verbrämung, bindet immer grössere Ressourcen, macht globale Kooperation immer schwerer, erhöht mit neuer Hochrüstung die Gefahr von Kriegen, schafft Raum für Terrorismus (man sollte nicht vergessen, dass die Taliban Zöglinge des Antikommunismus waren).

Natürlich ist Kritik angebracht. Kritik an der Hartz-IV-Politik genauso wie am Justizsystem der USA, das Millionen Schwarzer ins Gefängnis bringt, Kritik an der Einschränkung politischer Freiheiten in China oder

der entfesselten Umweltzerstörung in Brasilien. Die Liste ist lang. Aber dies alles kann und darf kein Grund sein, daraus wieder einen fundamentalistisch aufgeladenen Kalten Krieg im Namen des Antikommunismus zu machen. Der Versuch allein, diesen Krieg auszulösen, ist verbrecherisch, und töricht ist es, wie Thomas Mann sagte, einem solchen Verbrechen blind hinterherzulaufen.

Ein anderer deutscher Dichter, Gotthold Ephraim Lessing, hatte sich in seiner Tragödie *Nathan der Weise* auf die Ringparabel bezogen: Ein Vater gab jedem seiner drei Söhne einen Ring, der seinem Träger die Kraft geben sollte, Gott und den Mitmenschen angenehm zu sein. Aber nur einer der drei Ringe sollte diese Macht haben. Da keiner der Söhne wusste, welches der «wahre» Ring war, gab es von jetzt an nur einen Weg, dies zu beweisen – durch das eigene vorbildliche Tun. Wenn schon Wettbewerb der Staaten, dann nicht im zerstörerischen Gegeneinander, sondern im Miteinander um den besten und schnellsten Beitrag zur Verhinderung der Klimakatastrophe und zum Stopp ökologischer Zerstörung, zur Beseitigung globaler Armut, zum Abbau militärischer Spannungen, zur Ausweitung der realen Möglichkeiten jedes Menschen und aller Völker auf ein selbstbestimmtes Leben in Sicherheit und Würde. ●

○ Michael Brie, \*1954, ist Philosoph mit Schwerpunkten in der Theorie und Geschichte des Sozialismus und Kommunismus. Er ist Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.

○ Literatur

Eric J. Hobsbawm: *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. München 1998.

Thomas Mann: *Essays. Bd. 2: Politische Reden und Schriften*. Ausgewählt, eingeleitet und erläutert von Hermann Kurzke. Frankfurt am Main 1977, S. 309–315.

Thomas Mann: *Schicksal und Aufgabe*. In: ders.: *An die gesittete Welt. Politische Schriften und Reden im Exil*. Frankfurt am Main 1986, S. 643–667.